

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 886 848 pbbn d



## Inhalt

Horst Peter MdB zu Geißlers „Operation Chile“: 14 Menschen werden zu Figuren in einem Spiel, das tödlich enden kann.

Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB verurteilt Pläne, in der Bundesrepublik atomare Tägersysteme zu behalten: Im Widerspruch zu den deutschen Interessen.

Seite 4

Hans Böhler MdB wirft der Union vor, sich mit fremden Federn zu schmücken: Städtepartnerschaften kein Verdienst von CDU/CSU.

Seite 5

Jannis Sakellariou MdEP zum Friedensplan für Zentralamerika: Europa muß der Region auf dem Weg zum Frieden helfen.

Seite 6

42. Jahrgang / 150

11. August 1987

### Geißlers „Operation Chile“

14 Menschen werden zu Figuren in einem Spiel, das tödlich enden kann

Von Horst Peter MdB

Zur Füllung des Sommerloches bot Heiner Geißler dieses Jahr der Öffentlichkeit die „Operation Chile“. Steuerreform, die blamable Vorstellung der CDU in der Abrüstungsfrage verschwanden hinter dem von Geißler inszenierten Flügelschlagen der Unionsparteien, die ein größeres Bild der Zerrissenheit bieten als die Sozialdemokraten am Ende der sozialliberalen Koalition.

Die „Operation Chile“ schlug die Öffentlichkeit in ihren Bann. Selbst die radikaldemokratische Öffentlichkeit konnte sich dem nicht entziehen.

Beachtung verdient bei Geißlers „Spektakel“ (Strauß) nicht die Tatsache, daß sich die CDU über Menschenrechtspolitik politisch-programmatisch profilieren will; Beachtung verdient, daß 42 Jahre nach dem Ende des Faschismus demokratische Selbstverständlichkeiten wie die Inanspruchnahme des im Grundgesetz verbürgten Asylrechts und das für Demokraten außer jeder Diskussion stehende Recht auf Widerstand gegen Diktatoren wie Pinochet in der Bundesrepublik noch so aufgeregt diskutiert werden. Daß diese Diskussion noch möglich ist, zeigt an, wie weit die Bundesrepublik noch von demokratischer Normalität entfernt ist. Dazu trug und trägt die CDU in erheblichem Maße bei. Die Präsenz des Stammtisches in dieser Diskussion verantwortet die CDU.

Natürlich begrüßt die demokratische und zivilisierte Welt das Engagement von Blüm und Geißler, wenn dies hilft, das Leben der 14 Chilenen zu retten und hilft, die Demokratie in Chile zu rekonstruieren, wenn die CDU dazu beiträgt, den Stammtisch in der Diskussion zurückzudrängen, wenn es damit ge-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Fremdwörter-Umgebung  
www.wortim-Rohstoff  
Kreuzing-Papier



lingt, ein Mehr an Liberalität in der Bundesrepublik zu schaffen. Jeder ist willkommen, wenn es darum geht und sein Handeln dazu beiträgt. Better late than never.

Doch um der Sache willen und bei der Vorgeschichte der CDU hätte Geißler besser daran getan - und Glaubwürdigkeit gewonnen -, still, leise und mit einem Wort der Selbstkritik in den Kreis der Demokraten zu treten. Sein Spektakel entwertet sein Handeln und es kann nicht vergessen machen, wer Geißler und seine Partei sind und entschuldigt nicht, daß diese Partei bisher in Treue fest zu Pinochet stand. Sein Damaskus-Erlebnis in Menschenrechtsfragen macht die Kritik an der Vergangenheit nicht überflüssig und die Kritik an seiner „Operation Chile“ nicht backmesserisch. Zu fragen ist, ist diese Vergangenheit der CDU wirklich vergangen?

Geißler eröffnet der CDU keineswegs ein neues Politikfeld. Menschenrechtsfragen, vorgetragen von obskuren antikommunistischen Vorfeldorganisationen, waren bisher Instrumente der CDU für eine militant antikommunistische Agitation. Die „Operation Chile“ scheint dazu zu dienen, den berechtigten Vorwurf der Einäugigkeit entkräften zu wollen und die besonders mit der Unterstützung der Contras in Nicaragua diskreditierte „Menschenrechts“-Politik der CDU zu entlasten. Deshalb muß gefragt werden, ob dieses Damaskus-Erlebnis vorgegaukelt ist oder die Wende zu einer demokratischen Politikkultur in der CDU einleitet.

Denn, spät, sehr spät kommt die CDU. 1973 fand Geißlers Vorgänger Heck, im KZ-Stadion von Santiago de Chile herrschten doch passable Verhältnisse, die bei Sonnenschein geradezu paradiesisch seien. Das Abschlichten einer kompletten freigewählten demokratischen Regierung und das Wüten der Pinochet-Soldateska empfand die CDU als Rückkehr zur Demokratie - seitdem wissen wir, was wir unter der Solidarität der Demokraten zu verstehen haben -, die nach Pinochets Aussage manchmal in Blut gebadet werden müsse. Strauß reiste zur Gesellschaft der chilenischen blutbadenden Mörderbande. CDU und CSU hießen das demokratie- und mehrheitsverachtende Prinzip des chilenischen Militärs, anstelle der chilenischen Nation, der republikanischen Institutionen und der gewählten Vertreter zu handeln, gut. Dregger sprach dem Militär das Recht zu, anstelle der Politiker die Verhältnisse zu ordnen, wenn die Politiker versagt haben.

Die CDU anerkannte damit das auch aus der deutschen Tradition unselig bekannte Infragestellen des Primats der Politik durch ein mit Elitedenken befangenes Offizierskorps, das meint, wahrer Träger der Idee der Nation und deren überzeitlicher Richter zu sein. Der Fall North läßt erkennen, daß auch in älteren Demokratien das Offizierskorps diese Sonderrolle beansprucht. Niemand fragt, was die Offiziere dazu legitimiert und was sie für diese Rolle befähigt. Immer ließ die CDU Sympathie für Putschisten erkennen, die demokratische Regierungen abgeräumt hatten. Die banale Selbstverständlichkeit, mit der dies geschah, läßt daran zweifeln, daß die CDU mit ihrer Vergangenheit gebrochen hat; die banale demokratische Selbstverständlichkeit der Solidarität mit Demokraten läßt sich nicht mit einem Kraftakt in eine Partei hineinragen. Dazu fehlt der CDU heute die politisch-kulturelle Substanz.

Das exemplarische Abstrafen des Pinochets-Regime genügt nicht, um diese Wandlung glaubwürdig erscheinen zu lassen. Das Motto der „Operation Chile“, je ferner das Land, umso mehr bin ich für die Menschenrechte, ist zu durchsichtig und billig. Noch weigert sich die CDU, den ILO-Spruch über die Berufsverbote in der Bundesrepublik anzuerkennen; noch ist die Erinnerung frisch, daß die CDU das Sommerloch des vorigen Jahres mit der Hetze gegen ausländische Exilierte gefüllt hat. Prinzipielle Menschenrechtspolitik aus demokratischer Solidarität wäre, wenn die CDU das prinzipielle Recht auf Widerstand in Chile - und Südafrika - anerkennen würde, weil die Existenz des Pinochet-Regime im Widerspruch zu Demokratie und Menschenrechten steht und dieses Regime nicht erst durch die terroristische Form der Machtausübung sein Existenzrecht verwirkt hat. Schon die pure Existenz dieses Regimes begründet die demokratische Pflicht zur Solidarität, Chilenen Asyl zu gewähren, nicht erst die Anwendung der Folter. Wie wenig jedoch die CDU eine Politik, die auf



menschenwürdige Verhältnisse und Garantie der Menschenrechte zielt, wirklich angenommen und diese Sache zu der Ihrigen gemacht hat, bezeugt die Verneinung eines aktuellen Handlungsbedarfs.

Würde Bonn jetzt seine Aufnahmebereitschaft erklären, würde dies die Position der 14 Chilenen erheblich verbessern, würden sie doch quasi unter den Schutz der Bundesrepublik gestellt. Es würde den 14 Gefangenen ein Stück Ungewissheit nehmen. Kann sich niemand derjenigen, die jetzt keinen Handlungsbedarf sehen, in die Lage von Menschen versetzen, die von Todesurteilen bedroht sind. Ist es nicht allein schon deshalb notwendig jetzt zu handeln, um diesen Menschen ein wenig von ihrer Angst zu nehmen und ihnen ein wenig Gewißheit zu geben, daß sie nicht allein und schutzlos sind. Machen sich diese Nicht-Handeln-Wollenden nicht schuldig, indem sie diese Menschen einer psychischen Tortur aussetzen. Genauso schuldig wie Zimmermann und Strauß, die mit der Verweigerung der Aufnahme Pinochet und seinen Spießgesellen Legitimation verschaffen, diesen erlauben, den demokratischen Widerstand in Chile und den deutschen Widerstand zu denunzieren, diese Denunziation mit ihrer Weigerung stützen. Zwischen Geißler, Blüm und Zimmermann besteht nur ein gradueller Unterschied, kein prinzipieller. Noch hat auch Blüm seine Standfestigkeit nicht bewiesen. Blüm ist mit seiner Zunge recht flink, und genauso flink ist er mit Rückziehern dabei.

Neben Blüm ist noch Heiner Geißler. Und dieser ist deutlich zu fragen: Ist es nicht menschenverachtend, Herr Geißler, die Angst von 14 Menschen und ihrer Angehörigen ausbeuterisch zu nutzen, um in der Bundesrepublik ein paar Wählerstimmen zu gewinnen. Für diese strategischen Stimmenfangüberlegungen stellen diese 14 Menschen nur beliebige und austauschbare Objekte dar; es könnten auch die Frösche in Bangladesh oder die Robbenbabys sein. Dem Jesuitenzögling Geißler ist nicht die Liebe und die Leidenschaft für den Menschen eigen, die den Jesuiten Friedrich Späe auszeichnete, der schon 1631 Folter und Hexenprozesse verurteilte, während noch in den 70er Jahren der liberale Christdemokrat Ernst Albrecht die Folter sittlich rechtfertigte und Geißler die modernen Hexenprozesse der Berufsverbote verteidigt.

Es ist die kriegswissenschaftliche Handhabung der Machttechnik, die Heiner Geißler auszeichnet. Hat Geißler sich bisher mit dieser kriegswissenschaftlichen Kunstfertigkeit als Verleumder und Hetzer profiliert, so versucht er diesmal, sich mit demselben kaltschnäuzigen Zynismus als Philantrop und Menschenrechtskämpfer zu profilieren. Mit dieser kriegswissenschaftlichen Kunstfertigkeit, mit der Geißler die demokratische Opposition und die Opfer des Faschismus diffamierte und ausgrenzte, vereinnahmt Geißler heute die 14 Chilenen. Es ist auch der Mangel an Abwesenheit von Eigennutz und Zweckfreiheit, es ist der Mangel an zweckfreien Interessen an diesen 14 Menschen, der Geißler diskreditiert. Wie Geißler 1983 zum Beispiel mit seiner Pazifismus-Verunglimpfung auf die christliche Wählerschaft der CDU zielte, um deren Zerfaserung zu verhindern, so will er heute neue Schichten, um die Mehrheitsfähigkeit der CDU zu sichern, binden. Wie bei seinen Hetzereien ist auch die „Operation Chile“ kühl kalkulierte Taktik, und wie Geißler das Schicksal der Diffamierten wenig rührt, so wird ihn auch das Schicksal der Objekte seiner „Menschenfreundlichkeit“ (so ZDF-Redakteur Hoppe) wenig rühren, zieht diese Operation, da ist Strauß recht zu geben, mehr „auf heimische Publika als auf wirklichen Erfolg“. Es ist menschenverachtend, 14 Menschen zu Figuren in einem Schachspiel um Wählerstimmen zu machen, das tödlich enden kann.

Geißler kann nicht mehr vergessen machen, mit welcher Schamlosigkeit sich die CDU an die Seite Pinochets gestellt hat, CDU-Politiker in Pinochet ihresgleichen erkannt haben. Die Person Geißler selbst sät die Zweifel an der Ehrlichkeit einer Wandlung. Er gaukelt nur vor, daß seine Politik auf dem christlichen Menschenbild aufbaut, ethisch begründet ist, wie er in seiner Wahlanalyse für die CDU fordert. Diese Politik ist taktisch begründet.

Geißler sollte die Gelegenheit bekommen, seine Standfestigkeit zu beweisen. Doch wenn der Bundestag einmal darüber debattieren und beschließen sollte, ist „Chile“ kein Thema mehr für Geißler. Mit der These, daß Allende Pinochet erst möglich gemacht hat, wird er sich dann herauswinden, seine alte Rolle als Hetzer einnehmend. (-/11.8.1987/rs/ks)



Im Widerspruch zu den deutschen Interessen

**Verbleib atomarer Trägersysteme würde uns ein exklusives Risiko bescheren**

**Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion**

Es geht bei dem Konflikt um die Pershing IA nicht allein darum, durch Verzicht auf diese Waffe die letzte Hürde für eine Null-Lösung abzubauen. Selbst für den schwer vorstellbaren Fall, daß eine amerikanisch-sowjetische Null-Lösung unter völliger Ausklammerung der Pershing IA zustande käme, ist die Forderung ihres Abzugs notwendig.

Die Bundesregierung tut bei ihrem Beharren auf der Pershing IA so, als läge dies in unserem sicherheitspolitischen Interesse. Verteidigungsminister Wörner begründet seine Position damit, daß das sowjetische Territorium weiterhin von Westeuropa aus einem atomaren Risiko ausgesetzt sein müsse. Diese Begründung ist ein Bumerang und trifft diejenigen, die unbedingt an der Pershing IA festhalten wollen.

Denn gerade, wenn die Pershing IA die einzige Atomrakete der NATO auf westeuropäischem Territorium bliebe, die die Sowjetunion erreichen kann, widerspricht diese Waffe eklatant dem sicherheitspolitischen Interesse unseres Landes. Wir wären automatisch das einzige bevorzugte Zielgebiet für frühzeitige oder gar vorweggenommene sowjetische Gegenschläge, auch wenn dies dann nicht durch sowjetische Mittelstreckenraketen erfolgen könnte. Der Verbleib der Pershing IA machte uns zur einzigen noch bleibenden atomaren Abschußrampe für Mittelstreckenraketen auf dem westeuropäischen Festland und würde der Bundesrepublik Deutschland damit gleichzeitig ein exklusives atomares Gefahrenrisiko bescheren.

Die Bundesrepublik Deutschland wäre „singularisiert“, das heißt allein einem atomaren Sonderrisiko ausgesetzt. Es war immer fester sicherheitspolitischer Grundsatz der Bundesrepublik Deutschland, daß wir nie in eine solche singuläre Risikosituation geraten dürften.

Für den deutschen Verzicht auf die Pershing IA spricht also zum einen, daß damit endlich die Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen unter Dach und Fach gebracht werden kann. Zum anderen sprechen ganz originäre Gründe für den Verzicht: Ihr Verbleib widerspräche eklatant den deutschen Interessen.

(-/11.8.1987/rs/ks)



**Die Union schmückt sich mit fremden Federn**

**Die Städtepartnerschaften sind kein Verdienst von CDU/CSU**

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Im Rahmen eines Vorbereitungsgesprächs zur Städtepartnerschaft zwischen Hof/Saale und Plauen erfuhren die bundesdeutschen Vertreter, daß die DDR in Zukunft bei Begegnungen, die im Rahmen der Städtepartnerschaften durchgeführt werden, auf den Zwangsumtausch von 25 DM verzichtet. Es hieß, daß es sich dabei um eine Verfügung von höherer Stelle handele.

Wir begrüßen diese positive Entwicklung als einen wichtigen Beitrag zu einer weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Wir freuen uns auch, daß endlich auch größere Kreise in der CDU/CSU die Errichtung von Städtepartnerschaften begrüßen. Es mutet allerdings seltsam an, daß sie die Städtepartnerschaften als einen Erfolg ihrer Politik bezeichnet.

Gerade sie hat doch unsere Ostpolitik der Entspannung und Normalisierung der Beziehungen auf das schärfste bekämpft. Diese Politik der Sozialdemokraten hat aber die Städtepartnerschaften erst möglich gemacht. Sie hat ein Klima geschaffen, das eine Dynamik entwickelt hat, die sogar bisher die Folgen der Wende überstanden hat. Aber ohne die aktive Arbeit der SPD wären die Städtepartnerschaften längst noch nicht zustande gekommen. Auch wenn sich der bayerische Ministerpräsident hinstellt und die Städtepartnerschaft zwischen Hof und Plauen als Erfolg seiner Politik proklamiert.

War es die Regierungskoalition, die die erste Partnerschaft in die Tat umsetzte? Mitnichten! Es waren die saarländischen Sozialdemokraten und die langjährige Entspannungspolitik der SPD.

Und hatte kein geringerer als der damalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, nicht die Partnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt als „voraussichtlichen Einzelfall“ bezeichnet. Der damalige Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses, Reddemann, nannte sie gar den Versuch Ost-Berlins eine „Brösche in die Mauer der Bonner Politik zu schlagen“. Diese Politik der Regierungskoalition soll also für das Zustandekommen der Städtepartnerschaften verantwortlich sein!

Wie so oft glaubt die CDU/CSU ihre eigene Unfähigkeit zu einer konstruktiven Entspannungspolitik dadurch vertuschen zu können, daß sie versucht sich mit fremden Federn zu schmücken. Aber erst jüngst gab sie mit Ihrer Haltung in der Abrüstung wieder eine traurige Bestätigung ihrer mangelnden Fähigkeit zu einer klaren und vernünftigen Entspannungspolitik. (-/11.8.1987/rs/ks)

\* \* \*



**Zentralamerika auf dem Weg zum Frieden helfen**

**Europa hat einen großen Auftrag zu erfüllen**

**Von Jannis Sakellariou MdEP**

**Sprecher der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments für Zentralamerika-Fragen  
Zur Zeit Guatemala-City**

Dieses Ergebnis, das nicht einmal von den größten Optimisten in dieser Klarheit und Eindeutigkeit erwartet wurde, stellt einen riesigen Schritt für die Befriedung Zentralamerikas dar und verdient den vollen Respekt der internationalen Völkergemeinschaft. Es ist zustande gekommen trotz vielfältiger Boykottversuche und verbitterten Widerstands der Reagan-Administration gegen den Friedensplan des costaricanischen Präsidenten Arias, nur weil der politische Wille der fünf Präsidenten im Einklang mit der ungestillten Friedenssehnsucht der Völker Zentralamerikas gesiegt hat.

Die fünf Präsidenten beziehen sich bereits in der Präambel des Dokuments auf die Rolle Europas, indem sie ausdrücklich auf die Ermutigung hinweisen, die sie von der EG erfahren haben. Dies ist ein deutliches Zeichen und eine besondere Verantwortung für die EG zur Schaffung und Förderung der konkreten Friedensbemühungen in Zentralamerika: Ich fordere die EG und jeden einzelnen Mitgliedstaat auf, dieser schweren Verantwortung gerecht zu werden. Insbesondere muß die EG mit absoluter Dringlichkeit folgende Schritte unternehmen:

1. Die Reagan-Administration aufzufordern, jeglichen Störversuch des Friedensplans zu unterlassen und die finanzielle, logistische und politische Unterstützung der Söldnertruppe der Contra gegen die legitime Regierung Nicaraguas einzustellen.
2. In einem Nachtragshaushalt einen Sonderhilfeplan als Stützungsmaßnahme für den Friedensplan zu beschließen, in welchem mindestens 500 Millionen ECU für den Wiederaufbau der vom Bürgerkrieg am stärksten betroffenen Länder Nicaragua und El Salvador und für die Regelung der Flüchtlingsfrage in Honduras und Costa Rica bereitgestellt werden.
3. Logistische und Beratungshilfe zur Gründung des im Friedensplan vorgesehenen zentralamerikanischen Parlaments zur Verfügung zu stellen.
4. Materielle und - soweit mit den Verfassungen der einzelnen Mitgliedstaaten vereinbar - personelle (Militärpersonal) Hilfe bereitstellen, für die Aufgabe der Kontrolle des Waffenstillstands und der Entmilitarisierung der Grenzzonen zu Nicaragua und El Salvador.

Schließlich fordere ich die Bundesregierung auf, in Anerkennung der besonders konstruktiven Haltung Nicaraguas, die zum Zustandekommen des Abkommens wesentlich beigetragen hat, ihre feindselige Haltung gegenüber diesem Land aufzugeben, und die seit 1982 eingestellte Entwicklungshilfe wieder voll aufzunehmen.

Zum ersten Mal in ihrer 30jährigen Geschichte erhält die EG eine entscheidende politische Rolle bei der Friedensstiftung in einer Region direkt von den betroffenen Staaten dieser Region zugewiesen. Damit wird auch für die eigene zukünftige politische Rolle Europas entscheidend sein, ob die EG heute dieser Rolle gerecht werden kann.

(-/11.8.1987/rs/ks)

\* \* \*

